

# Der bedrohte Grundkonsens

## Vereine und Verbände haben mit antidemokratischen Tendenzen zu kämpfen

---

Von Fußball über Kirchen bis zur Feuerwehr: Vereine und Verbände sind nicht nur Orte für Freizeitaktivitäten und soziales Engagement, sondern auch Orte, in denen die Zivilgesellschaft ihr Zusammenleben organisiert, Konflikte verhandelt, Demokratie ausübt. Umso wichtiger ist die Frage nach der Rolle, die sie im Kampf gegen antidemokratische Entwicklungen einnehmen (können). Sehen sie sich als Bollwerk gegen Bedrohungen oder nehmen sie diese gar nicht wahr? Hierzu gibt es noch keine systematischen Erhebungen. Saara Inkinen und Wolfgang Schroeder haben erste Erkenntnisse gesammelt.

*Saara Inkinen und Wolfgang Schroeder*

Wer an die Zivilgesellschaft denkt, hat meist das Bild einer demokratischen Werten verpflichteten, gemeinwohlorientierten und von ehrenamtlichem Engagement geprägten Sphäre vor Augen. Dies kann allerdings seit einiger Zeit nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden: Antidemokratische, rechtspopulistische sowie rechtsextreme Einstellungen und Aktivitäten greifen auch in zivilgesellschaftlichen Räumen um sich. Sie benachteiligen Einzelpersonen und ganze Personengruppen und sind Teil einer Konstellation struktureller Gewalt, die seit einigen Jahren Konjunktur hat und den demokratischen Basiskonsens der deutschen Gesellschaft herausfordert. Dadurch gerät auch die organisierte Zivilgesellschaft unter Druck.

Dies bedeutet, dass die Resilienzfähigkeit der organisierten Zivilgesellschaft nicht nur über

die Abwehr rechter Anfeindungen, sondern auch über die Chancen für zivilgesellschaftlich-demokratiepolitisches Engagement entscheidet. Sind zivilgesellschaftliche Organisationen angesichts der Bedrängung von rechts eher gefordert oder überfordert? Diese Frage gehen wir – Wolfgang Schroeder, Samuel Greef, Jennifer Ten Elsen, Lukas Heller und Saara Inkinen – in unserem neuen Buch zu rechten politischen Tendenzen nach. Dabei greifen wir auf Daten zurück, die im Frühjahr 2021 in einer Online-Umfrage erhoben wurden. Für diese Studie wurden erstmals deutschlandweit Funktionär:innen aus acht gesellschaftlichen Subsystemen zu rechten Aktivitäten in ihren jeweiligen Organisationen befragt. Wir haben uns an die Verbandsspitzen gewandt, die wiederum Expert:innen damit beauftragt haben, den Fragebogen stellvertretend für ihre Organisation auszufüllen. Insgesamt nahmen 24

Bundesverbände und 187 Landesverbände aus den Bereichen Gewerkschaften, Amtskirchen, Wohlfahrtsverbände, Kultureinrichtungen, Naturschutz, Fußball- und Schützenvereine sowie freiwilligen Feuerwehren an der Umfrage teil. Die Befunde liefern eine erste Annäherung, ob und wie die Verbände der organisierten Zivilgesellschaft selbst die Bedrohung durch rechts wahrnehmen und welche Handlungsbedarfe sie daraus ableiten.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die von rechts ausgehende Gefahr in der organisierten Zivilgesellschaft grundsätzlich erkannt wird. So stufen alle befragten Bundesverbände sowie der weit überwiegende Teil der Landesverbände (98 Prozent) rechte Aktivitäten als (sehr) gefährlich für die Demokratie und den Zusammenhalt in der Gesellschaft ein. Die Mehrheit auf beiden Ebenen ist außerdem der Ansicht, dass solche Anfeindungen in den letzten Jahren eher zuzunehmen als abgenommen haben. Dagegen wird die Gefahr für die eigene Organisation durch rechts insgesamt als viel geringer wahrgenommen; dennoch sehen immerhin knapp drei Viertel der Bundes- beziehungsweise Landesverbände dies als (sehr) gefährlich für ihre Organisation an. Auffallend ist, dass Organisationen, die selbst in der Vergangenheit besonders stark von rechten Anfeindungen betroffen waren, dies auch signifikant stärker als Gefahr für die eigene Organisation wahrnehmen als solche, die diesen konkreten Erfahrungen weniger stark ausgesetzt waren.

Basierend auf einer Reihe von Fragen, bei denen die Verbände nach ihren Erfahrungen mit



**Saara Inkinen** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel der Universität Kassel. [sinkinen@uni-kassel.de](mailto:sinkinen@uni-kassel.de)

Foto: © WZB, alle Rechte vorbehalten.



**Wolfgang Schroeder** ist Fellow in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung des WZB. Als Professor an der Universität Kassel leitet er das Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“. [wolfgang.schroeder@wzb.eu](mailto:wolfgang.schroeder@wzb.eu)

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

rechten Aktivitäten befragt wurden, lässt sich festhalten, dass die Gefahr durch rechts nicht abstrakt ist. Vielmehr handelt es sich hierbei um eine konkrete Herausforderung, mit der sich die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen konfrontiert sehen. So geben 74 Prozent der Bundesverbände beziehungsweise 66 Prozent der Landesverbände an, in den letzten Jahren von rechten Aktivitäten betroffen gewesen zu sein. Auffällig ist, dass die Verbände insbesondere von verbalen Anfeindungen im Feld der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (wie rassistische, antisemitische und sexistische Äußerungen) sowie durch Aktivitäten gegen das Wertegerüst der Organisation (also beispielsweise gegen das politische Engagement oder die politischen Positionen der Organisation) betroffen sind. Konkrete Bedrohungen scheinen dagegen eher die Ausnahme zu sein: 80 Prozent der betroffenen Verbände geben an, jährlich oder seltener konkreten Bedrohungen ausgesetzt zu sein. Dabei zeigen sich insbesondere auf der Landesebene erneut signifikante Unterschiede. Während Amtskirchen, freie Wohlfahrtsverbände und Fußballvereine am häufigsten zur Zielscheibe solcher Bedrohungen werden, gibt nur eine Minderheit der Naturschutz- und Schützenverbände sowie der freiwilligen Feuerwehren an, bereits mit rechter Gewalt in Berührung gekommen zu sein.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, in welchen Kontexten rechte Aktivitäten vorkommen. Diese finden am häufigsten in den sozialen Medien (monatlich oder öfter: 76 Prozent der Bundesbeziehungsweise 66 Prozent der Landesverbände)

de) statt. Aber auch hier zeigen sich auf der Landesebene erhebliche Unterschiede. In den Social Media sieht man sich mindestens wöchentlich im Bereich der Amtskirchen (68 Prozent), der Gewerkschaften (49 Prozent) und der Wohlfahrtsverbände (46 Prozent) besonders herausgefordert; während im Bereich der freiwilligen Feuerwehren (25 Prozent) und der Kultur (18 Prozent) dies seltener der Fall zu sein scheint. Die befragten Funktionäre im Schützenwesen sowie im organisierten Naturschutz nehmen demgegenüber kaum regelmäßige rechte Aktivitäten in den sozialen Medien wahr.

Was lässt sich über den Umgang der organisierten Zivilgesellschaft mit rechten Aktivitäten sagen? Insgesamt zeichnet sich hier eine hohe Reaktionsfähigkeit ab: 96 Prozent der Bundes-

### „In den Social Media sieht man sich besonders herausgefordert“

und 83 Prozent der Landesverbände geben an, bei Versuchen rechter Einflussnahme tätig zu werden. Lediglich im Kultur- und Naturschutzbereich hat die Mehrheit der Landesverbände bisher noch keine präventiven oder reaktiven Antworten auf rechte Anfeindungen entwickelt. Hinsichtlich der Art der Reaktionen dominiert sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene die inhaltlich-kommunikative Dimension. Mit hin geben die Verbandsvertreter:innen an, dass sie eine klare Abgrenzung gegenüber rechten Inhalten, Argumenten und Akteuren vornehmen. Demgegenüber sind strukturell-organisationale Reaktionen, die sich direkt an haupt- und ehrenamtliche Akteure sowie Mitglieder richten, eher selten zu beobachten – gemeint sind hier Maßnahmen von einer Abmahnung bis hin zur Entlassung von hauptamtlichen Beschäftigten, die sich durch klare rechtsextreme Einstellungen und Aktivitäten hervorgetan haben. Auch in diesem Reaktionsspektrum tendiert der Umgang nur in seltenen Fällen in eine dezidiert konfrontative Richtung. Die Verbände setzen primär auf den Dialog und die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren eigenen Mitgliedern und Funktionär:innen. Eine reaktive Dialogorientierung scheint insbesondere im Schützenwesen und im Fußball besonders ausgeprägt zu sein.

Schließlich interessierten wir uns dafür, wo die größten Schwierigkeiten im Umgang mit rechts

liegen. 80 Prozent der befragten Funktionär:innen aus den Bundes- und 68 Prozent aus den Landesverbänden geben an, dass ihr Umgang mit rechts von Schwierigkeiten geprägt ist. Dabei stehen für die meisten Organisationen fehlende personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen im Vordergrund. Weiterhin nennen 45 Prozent der betroffenen Bundes- und 35 Prozent der Landesverbände die mangelnde Priorität des Themas im Vergleich zu anderen Problemen als Hindernis. Erschwerend mag damit zusammenhängen, dass 49 Prozent der von uns untersuchten Bundes- und 60 Prozent der Landesverbände rechte Aktivitäten nicht systematisch dokumentieren. Nur bei den Schützenverbänden, im Kulturbereich und im Fußball dokumentiert die Mehrheit der Verbände solche Vorkommnisse. Mit anderen Worten: Die Auseinandersetzung mit rechten Interventionen gehen die meisten Verbände eher zögerlich und defensiv an. Eine Rolle spielt dabei, dass sie damit zusätzliche Probleme für den inneren verbandlichen Zusammenhalt und ihre eigene Handlungsfähigkeit befürchten.

Wir haben uns auch für ihre Unterstützungsbedarfe interessiert: Ein Großteil der befragten Funktionär:innen sowohl auf Bundes- (70 Prozent) als auch auf Landesebene (64 Prozent) gibt an, dass sie auf die eine oder andere Weise Unterstützung durch andere Organisationen, mobile Beratungsstellen oder den Staat im Umgang mit rechts erhalten haben. Besonders gering fiel die Unterstützung bislang mit unter 20 Prozent im Kulturbereich und im Naturschutz aus. Wenn eine Unterstützung erfolgt, dann vor allem in Form von Informationsaustausch oder durch gemeinsame Stellungnahmen. Kostentensivere Unterstützung durch finanzielle Ressourcen und Personal werden von etwa der Hälfte der befragten Verbände beansprucht und eher kurzfristig. Es kann daher kaum verwundern, wenn nur 9 Prozent der Bundes- und 36 Prozent der Landesverbände keinen weiteren Bedarf an Unterstützung angeben.

Insgesamt zeigen unsere Ergebnisse, dass die Verbandsfunktionäre rechte Anfeindungen sensibel wahrnehmen und darin eine gefährliche gesellschaftliche Herausforderung sehen. Zugleich differenzieren sie diese Herausforderung im Hinblick auf die eigene Organisation, wenn sie dort die rechte Gefahr als begrenzt wahrnehmen, womit zugleich ein bereichsspezifisch unterschiedliches Bild der Betroffenheit entsteht. Insofern vermitteln die befragten Akteure im Hinblick auf die eigene Organisation eher

den Eindruck, gut gewappnet zu sein, um die Einflüsse von rechts kontrollieren und abwehren zu können. So kann mit Blick auf die von uns gesammelten Befunde zu konkreten Anfeindungen bislang kaum von einer rechten Landnahme gesprochen werden.

Dennoch geben insbesondere die rechten kommunikativen und wertebezogenen Handlungen zunehmend Grund zur Besorgnis. Sie erfolgen häufig, sind mitunter wenig klar identifizierbar

## „Rechte Anfeindungen werden insgesamt sensibler wahrgenommen“

und damit auch für die Verbände weniger gut kontrollierbar. Vor allem die virtuelle Gemeinschaftsbildung im Netz scheint den Verbänden sehr zu schaffen zu machen. Insofern kann die auf Social Media basierende Kommunikation als

zentrale Herausforderung betrachtet werden. Auf dieses Feld können die Verbände wenig Einfluss nehmen, es gelingt ihnen nicht, dieses zu kontrollieren, und nur in Ausnahmefällen, Angriffe in den Social Media wirklich zu sanktionieren.

Aufs Ganze betrachtet ergab unsere Vermessung, dass die organisierte Zivilgesellschaft gegenwärtig nur bedingt eigenständig, proaktiv und souverän handlungswillig und -fähig gegenüber rechten Interventionen ist. Die häufig fehlende Dokumentation rechter Vorfälle, der Mangel an Personal und finanziellen Ressourcen sowie die relativ niedrige innerorganisatorische Priorität des Themas sprechen eine klare Sprache. Sie verstärken die Erkenntnis, dass Hilfe von außen zwar notwendig ist, dass jedoch die Stärkung der demokratischen Resilienz der Verbände nicht nur von außen erfolgen darf. Denn ohne stärkere eigene Anstrengungen der Verbände können Hilfen von außen kaum nachhaltige Wirksamkeit entfalten. ●

### Literatur

Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Ten Elsen, Jennifer/Heller, Lukas/Inkinen, Saara: Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland. Frankfurt am Main: Campus 2022.

Schroeder, Wolfgang/Trömmer, Markus (Hg.): Rechtspopulismus. Zivilgesellschaft. Demokratie, Bonn: Dietz Verlag 2021.